

16.06.2016

Landtag von Niederösterreich
Landtagsdirektion
Eing.: 16.06.2016
Ltg.-987/V-4/73-2016
-Ausschuss

RESOLUTIONSANTRAG

der Abgeordneten Hogl und Waldhäusl

zur Gruppe 7 des Voranschlages des Landes Niederösterreich für das Jahr 2017,
LT-987/V-4-2016

betreffend Sicherung unserer bäuerlichen Familienbetriebe

Viele Sparten unserer Land- und Forstwirtschaft sind derzeit einer schwierigen Marktsituation ausgesetzt. Eine sich dynamisch entwickelnde Produktion mit einer gleichzeitig verhaltenen Nachfrageentwicklung, führt zu Lageraufbau und Marktdruck. Dennoch ist die Tatsache unverrückbar, dass die Erdbevölkerung jährlich um ca. 80 Mio. Menschen wächst, Grund und Boden knapp werden und der Klimawandel die Ertragssicherheit zudem gefährdet. Dass nur eine moderne, sich entwickelnde Land- und Forstwirtschaft die Herausforderungen der Zukunft bewältigen wird, ist somit heute genauso wichtig, wie in Zeiten guter Märkte und wird damit auch nach der Krise die zentrale Herausforderung bleiben. Dafür muss eine gute Konsumstimmung forciert und insgesamt ein unternehmerfreundliches und unternehmerförderndes Klima für land- und forstwirtschaftliche Betriebe, genauso wie für Gewerbe und Industrie, geschaffen werden. Insbesondere sind Maßnahmen zu setzen, welche die Märkte entlasten, Exporte forcieren, Erzeuger in ihrer Marktposition unterstützen, die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft stärken, die Risikoabsicherung erhöhen und Innovationen antreiben. Insbesondere der in letzter Zeit immer weiter sinkende Milchpreis ist eine Tatsache, welche die dringende Notwendigkeit von notwendigen Maßnahmen zur Unterstützung von land- und forstwirtschaftlichen Betrieben zeigt. Um die Einkommensverluste abzumindern, sollten daher nachstehende Maßnahmen verfolgt werden:

Betriebsmittelnachteil

Der europäische Vergleich zeigt, dass nahezu alle Mitgliedstaaten ein steuerliches Entlastungsmodell für den Dieseleinsatz in der Landwirtschaft anwenden. In Österreich fehlt eine derartige Entlastung für die Landwirtschaft. Diese Situation führt nun dazu, dass Österreich bei den Dieselpreisen für die Landwirtschaft zu den teuersten Ländern in der EU zählt. Österreichs Bauern zahlen 25 Prozent mehr als der EU-Schnitt und rund 45 Prozent mehr als Bauern in Frankreich und Belgien. Die Einführung eines steuerbefreiten Agrardiesels in Österreich würde den Wettbewerbsnachteil gegenüber anderen EU Staaten wesentlich verringern.

Sanktionen Russland

Die im Zuge des Ukraine Konflikts erlassenen Sanktionen tragen aus heutiger Sicht nicht zur Deeskalation des Konfliktes bei. Die Sanktionen treffen zu einem hohen Grad die Niederösterreichische Wirtschaft und unsere bäuerlichen landwirtschaftlichen Familienbetriebe. Diese verstärken nochmals den bestehenden Preisdruck auf die landwirtschaftlichen Produkte. Deshalb sind auf europäischer Ebene Gespräche zu führen, um die Situation wieder zu entspannen und die Handelsbeziehungen mit Russland zu normalisieren.

Entlastung bei den Sozialversicherungsbeiträgen

Die rasche Entlastung unserer bäuerlichen Familienbetriebe ist ein Gebot der Stunde. Die wirksamste und unkomplizierteste Hilfe ist ein Erlass bei den Sozialversicherungsbeiträgen. Wie bereits am 14.6.2016 beim österreichweiten Milchgipfel in Wien angekündigt, soll der Sozialversicherungsbeitrag für ein Quartal entfallen und somit unmittelbar für die Betriebe in Niederösterreich eine Entlastung von rund 55 Mio. Euro bringen. Diese Maßnahme muss nun rasch parlamentarisch umgesetzt werden.

Die Gefertigten stellen daher folgenden

A n t r a g :

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

„Die NÖ Landesregierung wird ersucht, im Sinne der Antragsbegründung an die Bundesregierung heranzutreten und diese aufzufordern, die Einführung eines Agrardiesels für die landwirtschaftliche Produktion zu forcieren, um die Stellung der österreichischen Bäuerinnen und Bauern am europäischen Markt zu stärken, sowie Verhandlungen über die Aufhebung der Sanktionen gegen Russland zu unterstützen. Die am 14.6.2016 beim österreichweiten Milchgipfel in Wien beschlossene Streichung der Sozialversicherungsbeiträge für ein Quartal soll rasch umgesetzt werden.“